

**Festrede anlässlich der Zertifikatsverleihung des
19. Österreichischen Journalisten-Kollegs
am 27. Mai 2011 im Marmorsaal von Schloss Mirabell**

Dr. Andreas Koller: Journalismus hat Zukunft. Aber welche?

Wir sollten die Gelegenheit nutzen, uns gemeinsam ein wenig den Kopf zu zerbrechen über einige Entwicklungen, die den Journalismus der heutigen Zeit. Nicht alle dieser Entwicklungen sind erfreulich.

Beginnen wir mit folgender Feststellung: Journalismus kostet Geld. Das klingt banal, scheint aber für manche Verleger eine neue und revolutionäre Erkenntnis zu sein. Wir haben Jahre des verlegerischen Irrglaubens hinter uns, wo es zum guten Ton gehörte, Journalismus durch sogenannten Content zu ersetzen und Journalisten durch beliebige Texte. Heute scheint sich wieder – zumindest bei den helllichtigeren unter den Verlegern – die Überzeugung durchzusetzen, dass guter Journalismus kein bloßer Kostenfaktor ist, sondern die einzige Geschäftsgrundlage eines Mediums.

Doch leider: Viele mediale Geschäftsmodelle brechen weg. Und es wird immer schwieriger für die Verlage, das Geld zu verdienen, das zur Finanzierung guten Journalismus erforderlich ist. Im ORF beispielsweise ist es aufgrund der immer heftiger werdenden Konkurrenzsituation zu einem Verfall der Werbeeinnahmen gekommen, auch werden die Gebühren zunehmend in Frage gestellt. Zeitungen sind mit einem immer schwierigeren Inseratenmarkt konfrontiert. Und auch die Gratiskultur, die einerseits durch gratis verteilte Printprodukte und andererseits durch Gratisangebote im Internet, Stichwort apps, um sich greift, bringt Verlag in Schieflage.

Dazu passt eine zweite Entwicklung, die wir seit geraumer Zeit beobachten. Es ist in manchen Verlagshäusern Usus geworden, Berichterstattung zu verkaufen. Ein Minister, eine Ministerin, die eifrig in einem bunten Printprodukt inseriert, kann mit einiger Sicherheit davon ausgehen, am Jahresende von der Redaktion dieses Printprodukts zum "Österreicher", zur "Österreicherin des Jahres" gewählt zu werden. Das ist leider keine Erfindung, das ist wirklich passiert. Dass diese Entwicklung der Qualität des politischen Journalismus nicht dienlich ist, liegt auf der Hand. Es ist für Politiker möglich geworden, sich positive Berichterstattung zu kaufen. Das ist eine Weiterentwicklung der alten Unsitte vieler Zeitungen, bezahlte Werbetexte nicht als solche zu kennzeichnen.

Eng mit dieser Beobachtung verbunden ist eine dritte Feststellung: Wir erleben derzeit eine Allianz zwischen dem Zeitungsboulevard und der Politik, wie es sie kaum zuvor je gegeben hat. Eine Allianz, die weder den Zeitungen noch der Politik gut tut. Das hat einerseits mit der Inserierungskultur zu tun, auf die ich gerade hingewiesen habe. Und andererseits mit der Willfährigkeit bestimmter Politiker, die bestimmte Zeitungen nicht nur mit Inseraten überhäufen, sondern auch ihre Politik nach diesen Zeitungen ausrichten.

Ich erinnere an den berühmten Leserbrief an die "Krone", die der damalige Bundeskanzler Alfred Gusenbauer und der damals noch-nicht-Bundeskanzler Werner Faymann seinerzeit geschrieben haben. Ich erinnere auch an den Umstand, dass die SPÖ, die jahrzehntelang die Allgemeine Wehrpflicht in Stein meißelte, nach einer entsprechenden Kampagne der "Krone" über Nacht

umschwenkte und nun plötzlich gegen die Wehrpflicht war. Diese Art der Politik ist nicht auf die SPÖ beschränkt, auch ÖVP und sogar Grüne wurden bereits dabei ertappt, wie sie ihre politische Linie der Blattlinie des einen oder anderen Mediums anpassten. Und bei der FPÖ hat man überhaupt den Eindruck, dass sie der politische Arm eines bestimmten Kleinformats ist. Oder auch umgekehrt.

Jedenfalls gehe ich - um ein Beispiel aus der aktuellen Politik heranzuziehen - jede Wette ein, dass es nicht so bald möglich sein wird, Türkisch als zweite Fremdsprache als Maturafach einzuführen. Warum? Weil zwar zwei Parlamentsparteien dafür, aber leider die Kronzeitung dagegen ist.

Schlechte Politik und schlechter Journalismus gehen also Hand in Hand. Und wir stellen fest: Trotz des Bekenntnisses einer Reihe von Verleger für guten Journalismus kommt der gute Journalismus unter Druck. Das hat Folgen, die weit über die schwächer werdende Arbeitsplatzsicherheit der Journalisten hinausgeht. Es ist die Demokratie, die zur Disposition steht. Ich stelle die folgende Frage: Wenn die klassischen Medien als Träger des gesellschaftlichen und politischen Diskurses wegfallen - wo wird dieser Diskurs dann stattfinden? Wird er überhaupt noch stattfinden? Gibt es dann überhaupt noch so etwas wie eine Öffentlichkeit? Oder so etwas wie Meinungsbildung in der Bevölkerung? Ich sage Ihnen ehrlich, ich kann diese Fragen nur stellen, nicht aber sie beantworten. Ich weiß nur, dass Twitter und Facebook kein Ersatz für das Forum sind, das die klassischen Medien dem öffentlichen Diskurs bieten.

Eine weitere Feststellung, die hier zu treffen ist, reicht weit über die journalistisch-politische Sphäre hinaus. Sie werden beobachtet haben, dass wir es in Österreich, in Europa, in der ganzen demokratischen Welt derzeit mit Regierungen zu tun haben, die unsere demokratischen Rechte substanziell beschneiden. Die Vorratsdatenspeicherung beispielsweise greift tief in den Bereich ein, der noch vor wenigen Jahrzehnten durch das Briefgeheimnis absolut geschützt war. Und die Datenspuren, die wir jeden Tag und jede Minute durch Handy- und Internetnutzung, durch Kredit- und Kundenkarten, durch die e-card und durch viele weitere elektronische Helferlein durch die digitale Welt ziehen, führt dazu, dass die Metapher von gläsernen Menschen zur Untertreibung unseres viel zu transparenten Jahrtausends wird.

Natürlich argumentieren die Verteidiger der staatlichen Schnüffelei gern mit dem Argument, dass, wer nichts angestellt habe, auch nichts zu befürchten habe. Doch erstens ist das falsch, wie das Beispiel der Tierschützer von Wiener Neustadt zeigt, die zwar möglicherweise etwas angestellt haben, aber nicht das, was ihnen die Ermittlungsbehörden – die das gesamte Arsenal des Überwachungsstaats aufgefahren haben – vorgeworfen haben. Und zweitens muss man konstatieren: Es wird schon stimmen, dass eine auf demokratische Standards bedachte Regierung wie die unsrige die gesammelten Daten nicht zu unserem Nachteil missbraucht. Doch wer sagt, dass wir immer das Glück haben werden, über eine Regierung zu verfügen, die die demokratischen Standards so hoch hält? Sollten wir eines Tages mit einer autoritären Regierung gesegnet sein, die den Überwachungsstaat ausrufen will, braucht sie bloß auf das überwachungsstaatliche Instrumentarium zurückgreifen, das die derzeitigen europäischen Regierungen derzeit so willfährig basteln. Und wenn eines Tages ein autoritärer oder totalitärer Überwachungsstaat seine Kräfte mit Google und Apple bündelt, dann gnade uns Gott.

Und wo bleibt das Positive? Das weiß ich auch nicht, aber es gibt durchaus einige Tendenzen in der medialen Welt, die Grund für Optimismus bieten. Im Gegensatz zur Feststellung der üblichen Kulturpessimisten erlebt das geschriebene Wort im Internet eine Renaissance. Ein Tipp für unsere Bildungspolitik: In diesem Zusammenhang wäre es wichtig und wesentlich, eine neue Kulturtechnik namens Internetnutzung beziehungsweise Quellenkritik einzuführen. Es muss vermittelt werden, wie mit dem Internet als Informationsquelle umzugehen ist. Google ist nicht gleichbedeutend mit

dem Brockhaus. Diese Feststellung mag banal klingen. Sie umfasst aber einen Problemkreis, der weit über unrechtmäßig kopierte Maturaarbeiten und Doktorarbeiten deutscher Verteidigungsminister hinausgeht. Wer Google mit der Wahrheit verwechselt, der ist in demokratiepolitischer Hinsicht schlimmer dran als einer, der die Briefe des Herrn Jeannee in der Krone mit der Wahrheit verwechselt.

Diese Feststellung reicht tief in das hinein, was Politologen als Teilhabe am politischen Diskurs bezeichnen. Wir haben vor einigen Jahren das Wahlalter auf 16 Jahre gesenkt. Die damaligen Versicherungen, dass parallel dazu die politische Bildung in den Schulen verstärkt werden soll, sind naturgemäß nicht eingehalten worden. Schändlicherweise werden auch Gegenstände, die unverzichtbar sind für das Verständnis von der Welt, als läppische Nebenfächer abgetan, die keiner ernst nimmt und die nach Belieben eingespart werden können. Ich denke da vor allem an Geschichte und Geographie, die in der Bildungsdebatte fälschlicherweise als Orchideenfächer wahrgenommen werden. So züchten wir Schulabsolventen heran, die zwar eine Kurve diskutieren können, nicht aber eine Diskussion über die Politik. Beziehungsweise Maturanten, die zwar mathematische Extremwertaufgaben berechnen können, den Extremen des politischen Parteienspektrums aber hilflos ausgeliefert sind. Wer, wenn nicht die Medien, sollte in die Bresche springen und politisches Bewusstsein vermitteln? Wobei es zu diesem Zweck erforderlich wäre, die klassischen Medien in den Mediennutzungskanon der Jugend besser zu verankern.

Gerade das ist nicht einfach. Wer das Medienverhalten junger Menschen beobachtet, der weiß, dass die klassischen Medien, darunter natürlich die Zeitungen, an Boden verloren haben. Dennoch glaube ich nicht nur an die Zukunft des geschriebenen Wortes, sondern sogar an die Zukunft des auf Papier gedruckten Wortes. Ich glaube: Wenn Gutenberg seinerzeit das iPad erfunden hätte und Steve Jobs heute als sensationelle Neuerung bewegliche Lettern auf den Markt brächte, mit denen man dünnes Papier effizient bedrucken kann, würden ihn alle für diese handliche und praktische und vom haptischen Standpunkt unübertreffliche Innovation loben. Und manch Trendforscher würde sich zur Prognose versteigen, dass die papierene Zeitung demnächst das iPad vom Markt fegen werde.

Im Übrigen will ich dazu animieren, ethische und moralische Standards, in Ihre tägliche Arbeit zu implementieren. Mir ist bewusst, dass das mitunter ein starkes Rückgrat erfordert. Die Welt da draußen ist voll von Verlegern, Herausgebern und Chefredakteuren, die nur darauf warten, Ihnen Ihre ethischen Flausen auszutreiben. Ich appelliere an Sie: Leisten Sie Widerstand. Weigern Sie sich, die Story über die Politikertochter zu schreiben, die in der Schule durchgefallen ist. Weigern Sie sich, ein Foto eines Jugendlichen zu veröffentlichen, der mutmaßlich mit dem Gesetz in Konflikt gekommen ist. Nehmen Sie das Wort von der Unschuldsvermutung ernst. Bedenken Sie, dass das, was Sie schreiben, Existenzen zerstören kann.

Sie werden vielleicht einwenden, dass ich als altgedienter Redakteur mit bald dreißig Berufsjahren und entsprechender sozialer Absicherung leicht reden habe - im Gegensatz zu Ihnen, die wohl mit einem rauen Berufsalltag konfrontiert sind. Mit diesen Einwand hätten Sie nicht Unrecht. Übrigens ist die Mode, Journalisten in schlecht bezahlte, schlecht abgesicherte Beschäftigungsverhältnisse zu drängen, nicht nur ein Problem für die Journalisten. Es ist auch ein Problem für den Journalismus. Elfriede Hammerl hat dieser Tage in ihrer Rede anlässlich ihrer Auszeichnung mit dem Kurt-Vorhofer-Preis darauf hingewiesen, dass es zu gutem, zu Qualitätsjournalismus auch gehört, eine Story auch einmal ungeschrieben sein zu lassen und Rechercheergebnisse allenfalls nicht zu veröffentlichen, wenn die journalistische These, zu deren Untermauerung die Recherchen angestellt wurden, der Wirklichkeit nicht standhält. Ein derart verschwenderischer Umgang mit Ressourcen ist unabdingbar für guten Journalismus. Er ist aber nicht möglich für Journalisten, die auf Zeile bezahlt werden oder vielleicht sogar ihren Job verlieren, wenn sie nicht jeden Tag eine

Story produzieren, einerlei, ob sie stimmt oder nicht. Wir lernen daraus: Der Kampf um die Absicherung der Journalisten ist nicht nur eine Frage der Standespolitik, sondern er ist wichtig für unsere Demokratie.

Dennoch: Messen Sie Ihre Arbeit jeden Tag an den eigenen ethischen Standards. Wir Journalisten haben viel Macht, aber wir tragen wenig Verantwortung. Eine Fehlleistung, die beispielsweise einen Arzt vor den Strafrichter bringt, bringt dem Journalisten höchstens eine Gegendarstellung oder – wenn's ein gravierender Fall war – eine Geldstrafe. Dabei sind es nicht wir Journalisten, die privilegiert sind. Es ist der Journalismus als solcher, den eine offene Gesellschaft mit Privilegien ausgestattet hat, damit er seiner wichtigen Funktion für diese offene Gesellschaft nachkommen kann. Ich appelliere an uns alle: Achten wir darauf, dass diese sogenannten Privilegien nicht unter dem Schlagwort der Kriminalitätsbekämpfung oder der Terrorabwehr oder mit welcher Ausrede auch immer beseitigt werden. Und ich appelliere an uns alle: Gehen wir verantwortungsvoll mit diesen Privilegien um.

Dr. Andreas Koller ist stellvertretender Chefredakteur und Ressortleiter Innenpolitik der Salzburger Nachrichten. Außerdem ist er Vorstandsmitglied des Kuratoriums für Journalistenausbildung, der Vereinigung der Parlamentsredakteurinnen und –redakteure, der Initiative Qualität im Journalismus und des Presseclubs Concordia.